

Rede zum Haushalt 2026

Wilfried Berndt, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler Eschweiler

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nowicki,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Lage ist ernst – und sie ist auch hausgemacht.

Für das Jahr 2026 steuern wir auf ein Defizit von rund 20 Millionen Euro zu.
Das ist keine neue Entwicklung. Bereits 2023 habe ich genau dieses strukturelle Defizit benannt.

Und heute?

Heute liegt uns kein Haushalt vor.
Heute liegt uns ein finanzpolitischer Offenbarungseid vor.

Die Rücklagen sind weitgehend aufgebraucht, das Eigenkapital kratzt an der Nulllinie, und die Haushaltssicherung ist keine Frage des Ob, sondern nur noch des Wann.

Trotzdem wird hier diskutiert, als ginge es um Feinjustierung.

Das Gegenteil ist der Fall:

Wir haben keinen Kratzer im Lack –
wir haben einen Motorschaden.

Und dann werden Einsparungen von über 10 Millionen Euro präsentiert. Das klingt gut, hält aber einer näheren Betrachtung nicht stand. Diese Einsparungen existieren in weiten Teilen nur auf dem Papier. Es sind keine echten Einsparungen gegenüber den Vorjahren.

Ein zentrales Problem sind die Personalkosten.

Bereits im September 2023 haben wir die Einrichtung einer Lenkungsgruppe zur Haushaltskonsolidierung und Prozessoptimierung vorgeschlagen. Ziel war klar: effizientere Abläufe, Nutzung von Digitalisierung und KI, Senkung von Kosten.

SPD und Grüne haben diesen Antrag damals abgelehnt.

Zwei Jahre später wird derselbe Ansatz plötzlich akzeptiert. Zwei verlorene Jahre. Zwei Jahre, in denen wir hätten handeln können.

Und das Ergebnis heute?
Fast gleich Null.

Stattdessen sollten erneut 35 neue Stellen geschaffen werden – mit dauerhaften Mehrkosten von rund 2,5 Millionen Euro jährlich.

Ja, es gibt Bereiche, in denen das unvermeidbar ist. Aber es gibt eben auch Entscheidungen, die schlicht nicht nachvollziehbar sind.

Beispiel: KGS Bergrath.

Hier könnte die Projektsteuerung extern vergeben werden – mit einer Förderquote von bis zu 95 Prozent. Eine nahezu haushaltsneutrale Lösung.

Stattdessen entscheidet man sich für eine neue Stelle – und konstruiert Argumente, warum der Markt angeblich nichts hergibt.

Beispiel: Einstellung eines Projektmitarbeiters Wasserbau

Bei der vorliegenden Stellenbesetzung wird auf die Verwaltungsvorlage Nr. 435/24 Bezug genommen: „*Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes – aktualisierte Handreichung zur Förderrichtlinie Wiederaufbau NRW*“. Entscheidend ist jedoch: Mit diesem Beschluss wurde **keine zusätzliche Stelle** bewilligt.

Der damalige Beschluss lautete unmissverständlich:

Der Rat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Förderfähigkeit der Maßnahmen zu prüfen sowie einen entsprechenden Antrag gemäß Nr. 7.6 der Förderrichtlinie vorzubereiten.

In diesem Zusammenhang wurde lediglich darauf hingewiesen, dass die **detaillierte Ausarbeitung und spätere Begleitung der Maßnahmen** – *sofern überhaupt eine Förderung bewilligt wird* – zusätzliche Personalkapazitäten von geschätzt einem Vollzeitäquivalent erfordern würde. Das ist eine Perspektive, keine Entscheidung.

Umso irritierender war das Verhalten von Bürgermeister Nowicki, der – unterstützt durch die Verwaltung – auf meine kritische Nachfrage hin den Eindruck erweckte, die Stelle sei bereits durch den Rat beschlossen. Diese Darstellung ist sachlich falsch und wurde zudem in einer unangemessen überheblichen Weise vorgetragen.

Gerade angesichts der angespannten Haushaltslage wäre **jetzt** der richtige Zeitpunkt gewesen, die Notwendigkeit und Finanzierung einer solchen Stelle offen und abschließend zu diskutieren – und nicht, vollendete Tatsachen zu suggerieren.

Die Realität ist: In beiden Fällen fehlt der erkennbare Wille, konsequent nach wirtschaftlichen und tragfähigen Lösungen zu suchen. Stattdessen gilt offenbar weiterhin das fragwürdige Prinzip: *Neue Aufgabe gleich neue Stelle*.

Wer jedoch ernsthaft Strukturen verändern und effizienter werden will, darf nicht diejenigen fragen, die vom Status quo profitieren. Oder anders gesagt: **Wer einen Sumpf trockenlegen will, darf nicht die Frösche fragen.**

Und auch die CDU muss sich hier fragen lassen, was von ihren früheren Ankündigungen geblieben ist. Jahrelang wurde die Ausweitung von Stellen kritisiert – und jetzt macht man es teilweise selbst. Diese Bewilligungen von neuen Stellen konterkarieren auch das von der SPD groß in allen Medien ausgerufene Ziel des Stellenstopps. Dies werde ich persönlich ebenfalls als Betrug am Bürger!

Meine Damen und Herren,
bei 20 Millionen Euro Defizit reicht es nicht, einfach nichts zusätzlich auszugeben.

Man muss aktiv sparen – und zwar konsequent. Stattdessen liefern zahlreiche Investitionsvorhaben ebenfalls abschreckende Beispiele dafür, wie fahrlässig mit Steuergeldern umgegangen wird.

Ein besonders eklatantes Beispiel ist die Eduard-Mörke-Schule: Ursprünglich war vorgesehen, das Bestandsgebäude für 250.000 € zu sanieren. Doch nach und nach stellte sich heraus, dass diese Summe bei weitem nicht ausreicht. Anstatt rechtzeitig die Reißleine zu ziehen, wurde das Projekt sehenden Auges weitergeführt. Das Ergebnis: mittlerweile werden rund 3,5 Mio. € benötigt – eine Vervierzehnfachung der ursprünglichen Planung. Offensichtlich fehlte hier jegliches Problembewusstsein. Stattdessen verließ man sich darauf, dass der Rat am Ende ohnehin zustimmen wird, weil bereits so viel Geld investiert wurde. Würde eine Privatperson so handeln, würde jede Bank sofort abwinken. In der freien Wirtschaft hätte ein solches Vorgehen längst Konsequenzen gehabt.

Ein weiteres Beispiel ist der Kauf der Immobilie Marktstraße 9 – eine offensichtliche Problemimmobilie. Am Ende wird uns dieses Objekt voraussichtlich rund 2 Mio. € kosten. Und wofür? Als ich diese Investition im November 2025 im Rat infrage stellte, lautete die Argumentation erneut: Man habe bereits zu viel Geld investiert, um jetzt noch umzusteuern. Also Augen zu und durch. Dieser Logik folgten auch die beiden großen Fraktionen. Die Freien Wähler forderten Anfang März 2026 Akteneinsicht, um überhaupt nachvollziehen zu können, wie viel Geld zu diesem Zeitpunkt bereits geflossen war. Eine klare Antwort blieb bis heute aus. Ein erster Termin wurde nach mehrfacher Nachfrage für den 20. Mai 2026 angeboten. Auch ein

Nutzungskonzept liegt weiterhin nicht vor. Dieses Verhalten gegenüber gewählten Ratsmitgliedern ist inakzeptabel und wirft ein bezeichnendes Licht auf den Umgang der Verwaltungsspitze mit Transparenz.

Und die nächste fragwürdige Entscheidung steht bereits an: Bürgermeister Nowicki und die Verwaltung planen, im Rathausquartier Grundstücksflächen sowie Büroflächen in einem neu zu errichtenden Gewerberiegel an der Wollenweberstraße zu erwerben – für einen zweistelligen Millionenbetrag, verteilt über drei Jahre. Begründet wird dies unter anderem damit, dass durch Fördermittel für den Bau der KGS Bergrath angeblich Spielräume entstehen. Das ist nicht nur kurzsichtig, sondern geradezu absurd. Denn gleichzeitig weist der Haushalt ein strukturelles Defizit von rund 20 Mio. € auf – ein Defizit, das sich ohne solche Ausgaben deutlich reduzieren ließe.

Wie viel Geld das Prestigeprojekt „Kirschenhof“ des ehemaligen Bürgermeisters Bertram tatsächlich mehr gekostet hat als ursprünglich geplant, bleibt ebenfalls im Dunkeln. Vielleicht auch besser so – die Wahrheit dürfte kaum vermittelbar sein. Hinzu kommt, dass bei solchen Projekten die Folgekosten regelmäßig ausgeblendet werden. Im konkreten Fall wird ein zusätzlicher Hausmeister in Teilzeit eingeplant – mit dem Hinweis, man werde den tatsächlichen Bedarf später prüfen. Ein bekanntes Muster: Erst bauen, dann die laufenden Kosten schönreden.

Diese Beispiele machen eines unmissverständlich klar: Der Umgang mit Steuergeldern ist in vielen Fällen nicht verantwortungsvoll, sondern bequem und wenig konsequent. Getragen wird dieses Verhalten durch entsprechende Mehrheiten im Rat – und damit politisch legitimiert, aber keineswegs gerechtfertigt.

Dabei sind Einsparpotenziale an zahlreichen Stellen offensichtlich. Sie werden jedoch entweder ignoriert oder bewusst nicht gehoben. Der personelle Wechsel an der Verwaltungsspitze durch Verrentungen hat daran nichts geändert – der Denkansatz ist derselbe geblieben: ausgabenorientiert statt verantwortungsbewusst.

Was fehlt, ist ein grundlegendes Umdenken. Wer über öffentliche Mittel verfügt, trägt eine besondere Verantwortung. Es sollte selbstverständlich sein, mit Steuergeldern mindestens so sorgfältig umzugehen wie mit dem eigenen Geld – tatsächlich wäre sogar mehr Sorgfalt geboten.

Solange dieses Bewusstsein fehlt, werden Fehlentwicklungen nicht die Ausnahme bleiben, sondern der Normalfall sein.

Natürlich gibt es äußere Zwänge: steigende Sozialausgaben, höhere Umlagen, wachsende Personalkosten. Das alles ist richtig.

Aber es ist keine Entschuldigung für fehlende Prioritäten und mangelnde Disziplin im eigenen Haushalt.

Statt struktureller Reformen erleben wir das immer gleiche Muster:

Wenn es schwierig wird, greift man den Bürgern tiefer in die Tasche.

Die Grundsteuer B lässt grüßen.

In 2024 wurde diese sogar rückwirkend drastisch erhöht. Damit rettete man den Haushalt für dieses Jahr.

Eine weitere Erhöhung steht nun wieder im Raume.

Tatsächlich bedeutet es für viele Bürger und für den Mittelstand eine spürbare Mehrbelastung – in einer Zeit, in der ohnehin alles teurer wird.

Und währenddessen wird hier weiter diskutiert, geplant und beschlossen, als gäbe es irgendwo versteckte Reserven.

Die gibt es nicht.

Was es gibt, ist ein strukturelles Problem – und das verlangt strukturelle Antworten.

Kein „Weiter so“.

Keine kosmetischen Korrekturen.

Sondern:

klare Prioritäten,
echte Einsparungen,
und auch unpopuläre Entscheidungen.

Und ja – dazu gehört auch die Ehrlichkeit, Fehler einzugestehen. Unlängst zitierte Josef Stiel in der Filmpost Bertold Brecht: „Wer A sagt muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war“. Von mir ergänzt: A kann auch unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht mehr richtig sein.

Mein Fazit:

SPD und Grüne verweisen gerne auf genehmigungsfähige Haushalte der Vergangenheit. Dabei wurde das Problem nicht gelöst, sondern in die Zukunft verschoben.

Heute steht die CDU in der Hauptverantwortung – und versucht mit Aktionismus zu kaschieren, dass man an echten tiefgreifenden Lösungen nicht ran will, weil unpopulär.

Am Ende läuft alles auf dasselbe hinaus:
Haushaltssicherung.

Und damit auf unangenehme Entscheidungen, die dann andere verantworten sollen.

Das mag politisch bequem sein.
Für die Stadt Eschweiler ist es fatal.

Aus diesem Grund lehnen wir den Haushaltsentwurf ab.

Zu guter Letzt ein klarer Appell an die Verwaltungsspitze sowie an SPD, Grüne und Linke: Entwickeln Sie ein stärkeres wirtschaftliches Denken. Wäre die Verwaltung ein Unternehmen, stünde sie heute womöglich kurz vor der Insolvenz – mit Entlassungen, drastischen Einsparungen und im Extremfall der vollständigen Schließung. Dass einer Verwaltung dieses Risiko nicht droht, darf kein Freibrief sein. Genau hier könnte das Kernproblem liegen.

Hören Sie auf die Einschätzungen erfahrener Ratsmitglieder, statt sie vorschnell abzutun. Und nehmen Sie Kritik als das an, was sie ist: ein Beitrag zur Verbesserung von Arbeit und Abläufen – nicht als persönlichen Angriff.

Vielen Dank